

abo+ BADEN

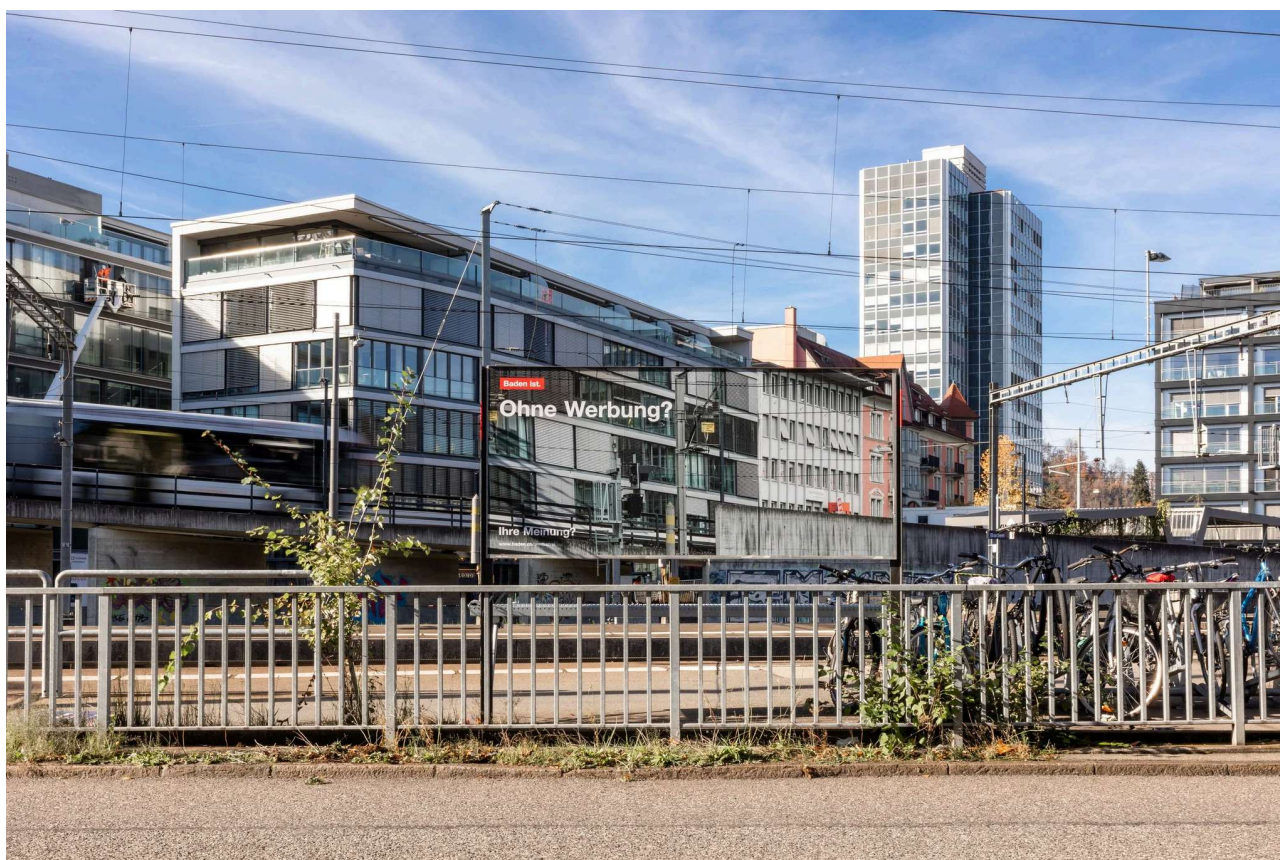
Grossrat macht Werbe-Debatte zur Chefsache: «Solche Experimente dürfen nicht unkommentiert bleiben»

Nach dem umstrittenen Verzicht auf Werbeflächen in Baden fordert der FDP-Grossrat eine kantonale Klärung: Er dringt darauf, den Regierungsrat, sich zur wirtschaftlichen Bedeutung von Werbung und zu möglichen ideologischen Eingriffen zu äussern.

Sarah Kunz

22.11.2025, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Das Pilotprojekt der Stadt Baden kommt nicht überall gut an. Adrian Schoop findet: «Dass solche Aktionen mit dem Klimaschutz legitimiert werden, wirkt wenig überzeugend.»

Bild: Sandra Ardizzone

Die Kritik an Badens Anti-Werbe-Versuch ebbt nicht ab. Nun bringt Adrian Schoop, FDP-Grossrat und Turgis ehemaliger Gemeindeammann, die Debatte auch nach Aarau: Er hat einen politischen Vorstoss eingereicht und dem Regierungsrat vier Fragen zum Thema «Werbung als Feindbild» vorgelegt. Damit erreicht die bisher lokal geführte Debatte nun die kantonale Ebene.

Im Zentrum seines Vorstosses steht die Frage, wie der Regierungsrat die Bedeutung der Werbung für die lokale Wirtschaft beurteilt – insbesondere für Gewerbebetriebe, KMU, Dienstleister und Kulturschaffende. Weiter möchte Schoop wissen, ob der Regierungsrat die Auffassung teilt, dass Werbung im öffentlichen Raum ein legitimer Ausdruck von Wirtschaftsfreiheit und Meinungsäusserung ist und staatliche Eingriffe deshalb nur mit Zurückhaltung erfolgen sollten.

Zudem erkundigt er sich, ob der Regierungsrat eine Gefahr darin sieht, dass kommunale Projekte, die Werbung oder Konsum pauschal problematisieren, den Wirtschaftsstandort Aargau und lokale Wertschöpfung schwächen könnten. Zuletzt fordert Schoop eine Einschätzung dazu, wie der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen sicherstellen kann, dass politische oder gesellschaftliche Experimente nicht in ideologisch motivierte Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit münden.



Adrian Schoop (FDP, mitte) im Grossen Rat. Er erhofft sich vom Regierungsrat klärende Impulse.
Bild: Sandra Ardizzone

Hintergrund der Interpellation ist ein Pilotprojekt der Stadt Baden, [das Ende dieser Woche ausläuft](#) (die AZ berichtete). Während drei Wochen wurden Werbeflächen im öffentlichen Raum symbolisch von kommerziellen Botschaften befreit und durch Stadtansichten ersetzt – als Impuls zum Nachdenken über Konsum und Klimaschutz. Das Experiment polarisierte stark. So haben sich unter anderem die City Com Baden sowie [verschiedene bürgerliche Politikerinnen und Politiker](#) negativ geäussert.

Regierungsrat soll mit seiner Antwort ein Zeichen setzen

Auch Schoop sieht hinter der Aktion mehr als ein lokales Experiment. Sie zeige eine Haltung, die Werbung, Konsum und damit wirtschaftliche Tätigkeit zunehmend als gesellschaftliches Problem betrachtet, hält er in seinem Vorstoss fest. «Dass solche Aktionen mit dem Klimaschutz legitimiert werden, wirkt zudem wenig überzeugend.» Zwar sei die Autonomie der Gemeinden bei der Regelung von Werbeflächen zu

respektieren, doch dürften solche Experimente nicht unkommentiert bleiben, wenn sie grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft berühren.

«Werbung ist kein Störfaktor, sondern Ausdruck von Wirtschaftsfreiheit, Unternehmergeist und Wettbewerb», hält er weiter fest. Sie ermögliche es insbesondere dem Gewerbe, den KMU, Dienstleistern und auch der Kulturszene sichtbar zu bleiben, Kundschaft zu gewinnen und Arbeitsplätze zu sichern.

«Wenn öffentliche Stellen Werbung im Namen angeblich höherer moralischer Ziele pauschal problematisieren, entsteht der Eindruck, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern misstraut», so Schoop weiter. Als könnten sie nicht selbst entscheiden, ob sie Werbung sehen, deuten oder ignorieren wollen. «Das untergräbt das Vertrauen in die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger.»

Schoops Argumentation deckt sich mit der Meinung des bürgerlichen Lagers in Baden. Doch warum die Anfrage an den Regierungsrat? «Ich will die Diskussion damit aufs politische Parkett bringen und so eine übergeordnete Einschätzung einholen», erklärt er auf Anfrage. Er erhoffe sich, dass der Regierungsrat mit seiner Antwort ein Zeichen setze. «Die Politik darf doch nicht einschränken, dass die Privatwirtschaft Werbung machen darf – und dies erst noch mit dem Klimaschutz begründen.»

Für Sie empfohlen